

Wochenspiegel

Darüber diskutiert Frankreich

20. – 27. Juni 2025

Premierminister François Bayrou versucht, nach dem Scheitern der Beratungsrunde, die als „Rentenkonklave“ bezeichnet wird, Zeit zu gewinnen, indem er die Debatte auf den Herbst vertagt. Obwohl keine umfassende Einigung mit den Sozialpartnern erzielt wurde, betonte Bayrou die Fortschritte, wie etwa die Verbesserungen für Frauen mit Kindern sowie die geplante Senkung des Rentenalters für eine abschlagsfreie Rente (*taux plein*) von 67 auf 66,5 Jahre. Wichtig ist dabei zu betonen, dass es sich nicht um eine Rücknahme der Anhebung des gesetzlichen Renteneintrittsalters handelt, das 2023 von 62 auf 64 Jahre erhöht wurde. Vielmehr betrifft die Maßnahme das Alter, ab dem auch Personen mit unvollständiger Beitragszeit ohne Abschläge in Rente gehen können. Die Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände bleiben jedoch bei zwei zentralen Punkten uneins: der Berücksichtigung von Arbeitsbelastung und der finanziellen Stabilität des Umlagesystems. Bayrou möchte die Punkte, auf die man sich geeinigt hat, nun in das Haushaltsgesetz 2026 integrieren, das ab Herbst 2025 debattiert wird.

Die Sozialistische Partei (PS) hat am 26. Juni ein Misstrauensvotum gegen Premierminister François Bayrou eingereicht. Sie wirft dem Premierminister vor, es abgelehnt zu haben, den Gesetzentwurf zur Rentenreform vorzulegen, der dem Parlament erlaubt hätte, über alle Aspekte zu debattieren, einschließlich einer Rückkehr zum Rentenalter von 62 Jahren. Der Antrag, der von den 66 Abgeordneten der sozialistischen Fraktion unterzeichnet wurde und voraussichtlich auch von den anderen Gruppen unterstützt wird, die zum Neuen Volksfront-Bündnis gehörten, hat kaum Chancen auf Annahme, da der Rassemblement National (RN) erklärt hat, ein mögliches Misstrauensvotum auf den Herbst im Rahmen der Haushaltsdebatte verschieben zu wollen. Die Abstimmung über den Antrag soll am Dienstag stattfinden.

Am 26. Juni, lehnte die französische Nationalversammlung einen Gesetzesvorschlag der Ciotti-nahen Abgeordneten (Fraktion Union des démocrates pour la République, früher A Droite!) ab, der die sofortige Vollstreckung von Unwählbarkeitsurteilen verhindern sollte. Die Linke sowie das zentrale Regierungsbündnis kritisierten das Vorhaben als ein Gesetz „zugeschnitten auf Marine Le Pen“, die gegen ihre fünfjährige Unwählbarkeit nach Verurteilung im sogenannten FN-Assistenten-Skandal Berufung eingelegt hat. Die Berichterstatterin Brigitte Barèges (UDR) argumentierte, die sofortige Vollstreckung verletze Grundprinzipien des Strafrechts, insbesondere die Unschuldsvermutung und die aufschiebende Wirkung von Berufungen. Justizminister Gérald Darmanin widersprach und betonte, die sofortige Vollstreckung sei kein Automatismus und dürfe während eines laufenden Verfahrens nicht verändert werden. Der Artikel wurde dann mit 185 zu 120 Stimmen gestrichen, woraufhin die UDR den gesamten Gesetzestext zurückzog. Die Fraktionen der Linken, Renaissance und MoDem stimmten überwiegend für die Streichung. Marine Le Pen, die bei der nächsten Präsidentschaftswahl wahrscheinlich nicht kandidieren darf, bestreitet die Vorwürfe und wartet auf das Berufungsurteil im Sommer 2026.

Beim EU-Gipfel am 26. Juni hat Frankreichs Präsident Emmanuel Macron das geplante EU-Ziel einer Reduzierung der CO₂-Emissionen um 90 % bis 2040 zur Diskussion gestellt. Obwohl dieses Ziel Teil des Fahrplans zur Klimaneutralität bis 2050 war, forderte Paris mehr Flexibilität und einen stärkeren Fokus auf die Wettbewerbsfähigkeit Europas. Macron verlangte außerdem, dass die Atomenergie gleichwertig mit erneuerbaren Energien behandelt werde. Die französische Regierung setzte sich dafür ein, dass zukünftige EU-Vorgaben nicht nur auf den Anteil erneuerbarer Energien, sondern generell auf „CO₂-freie Energie“ abzielen, um den französischen Atomstrom zu schützen. Die EU-Kommission hatte bereits am 25. Juni einen neuen Beihilferahmen vorgestellt, der neben grüner Technologie auch die Kernenergie einbezog. Trotzdem zeigte sich Macron unzufrieden. Die Diskussion spaltete die EU: Während Länder wie Deutschland, Spanien oder Dänemark das 90-%-Ziel unterstützten, traten Frankreich, Ungarn und andere Staaten auf die Bremse.

Im Jahr 2025 hat die französische Staatsverschuldung einen historischen Höchststand von 3.345,8 Milliarden Euro erreicht, das entspricht 114 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Seit Anfang des Jahres ist die Schuldenlast um weitere 40 Milliarden Euro gestiegen. Zwar haben außergewöhnliche Krisen wie die Finanzkrise 2009 und die Corona-Pandemie 2020 zur Verschuldung beigetragen, doch der Anstieg setzte sich auch außerhalb solcher Phasen fort. Zum Vergleich: Im Jahr 2000 lag die Staatsverschuldung noch bei 855 Milliarden Euro. Frankreich gehört damit jedoch nicht zu den am höchsten verschuldeten Ländern Europas. Griechenland (154 % des BIP) und Italien (135 %) liegen weiter vorne. Die wachsende Schuldenlast ist auch finanziell spürbar: Allein die Zinszahlungen beliefen sich 2024 auf 60 Milliarden Euro.

Die französische Krankenkasse (CNAM) warnt vor einem rapiden wachsenden Defizit, das bis 2030 auf 41 Milliarden Euro steigen könnte, wenn keine grundlegenden Maßnahmen ergriffen werden. Für 2025 wird bereits ein Defizit von 16 Milliarden Euro erwartet. Laut dem Cnam-Direktor Thomas Fatôme steht das System an einem „Wendepunkt“. Ursachen sind vor allem der demografische Wandel und die Zunahme chronischer Krankheiten. Um gegenzusteuern, enthält der aktuelle Bericht der Cnam 60 Vorschläge, darunter mehr Prävention und Lebensstiländerungen zur Krebsvorsorge. Umstrittene Maßnahmen wie eine Teilabschaffung der 100 %-Kostenübernahme für bestimmte Langzeiterkrankte in Remission stehen ebenfalls zur Diskussion.

Während der Fête de la musique am 21. Juni in Frankreich meldeten 145 Personen, überwiegend Frauen, dass sie mit Nadeln gestochen wurden. Die Vorfälle ereigneten sich in mehreren Städten, darunter Paris, Nantes, Limoges und auch in Übersee (Réunion). In einigen Fällen wurden Verdächtige im Alter von 19 bis 44 Jahren vorübergehend festgenommen. Die Motive bleiben unklar. Ermittlungen laufen in mehreren Städten, jedoch gibt es kaum medizinische Beweise für eine tatsächliche Injektion von Substanzen. Auf Social Media kursierten zuvor Aufrufe zur Gewalt gegen Frauen, etwa auf TikTok. Die Behörden nehmen die Vorfälle ernst, doch konkrete Nachweise fehlen bislang in vielen Fällen. Mehrere Verfahren wurden bereits mangels Beweise eingestellt.

Ein französischer Parlamentsbericht schlägt vor, den Vaterschaftsurlaub schrittweise auf 16 Wochen, wie beim Mutterschaftsurlaub, zu verlängern. Derzeit beträgt der Vaterschaftsurlaub in Frankreich nur 25 Tage. Ziel ist es, die Geschlechterungleichheiten zu verringern, die sich nach der Geburt eines Kindes verschärfen. Der Bericht betont, dass 90 % der Einkommensungleichheiten zwischen Männern und Frauen auf die Ungleichheiten nach der Geburt eines Kindes zurückzuführen sind. Frauen übernehmen zudem 71 % der Hausarbeit und 65 % der elterlichen Aufgaben, was ihre physische und psychische Gesundheit belastet.

Laut einem Bericht des französischen Rechnungshofes belaufen sich die öffentlichen Kosten der Olympischen Spiele Paris 2024 auf 5,96 Milliarden Euro. Davon entfallen 2,77 Mrd. € auf die Organisation und 3,19 Mrd. € auf Infrastrukturprojekte. Besonders umstritten sind die Ausgaben für Sicherheit (1,44 Mrd. €) und das Projekt zur Reinigung der Seine, um sie als Badebereich auszubauen, dessen Kosten zwischen 200 Mio. und 1 Mrd. € geschätzt werden. Der Organisationsausschuss (Cojop) kritisiert die Bewertung als übertrieben und betont, dass viele Investitionen langfristige Vorteile bringen. Er spricht von nur rund 2 Mrd. € tatsächlicher öffentlicher Belastung. Die Debatte um die Transparenz und Methodik bleibt offen, und ein zweiter Bericht ist für Herbst 2025 angekündigt. Die Kritik gilt auch als Warnsignal für die Winterspiele 2030 in den Alpen.

DIE ZAHL DER WOCHE

42 %

Laut einem neuen Bericht der Stiftung für benachteiligtes Wohnen haben 42 % der Franzosen im Jahr 2024 unter großer Hitze in ihrer Wohnung gelitten. Ein Gesetzentwurf, der ab 2030 die Vermietung von Wohnungen verbieten soll, in denen die Temperatur an fünf aufeinanderfolgenden Tagen tagsüber 31 °C und nachts 28 °C übersteigt, wurde in die Nationalversammlung eingebracht. Der Text soll im Herbst beraten werden.

3	8	4	7
0	2	6	5
5	3	1	2
7	4	9	6
9	8	2	0
1	6	0	1

PARLAMENT, PARTEIEN & PERSONEN



Der frühere Premierminister von Jacques Chirac, **Dominique de Villepin**, hat die Gründung seiner eigenen Partei „La France humaniste“ (Das humanistische Frankreich) angekündigt. Er präziserte, dass diese Bewegung „für alle offen“ sein solle und bereits „über mehrere Dutzend lokale Niederlassungen“ verfüge. Dominique de Villepin betonte die Notwendigkeit, „alle Franzosen zu vereinen, um die soziale Gerechtigkeit und die republikanische Ordnung zu verteidigen“. Seine Ambitionen für die Präsidentschaftswahlen 2027 scheinen nun somit gesichert.

Auch im linken Lager gibt es neue Entwicklungen in Hinblick auf die Präsidentschaftswahlen 2027. Der Abgeordnete **François Ruffin** hat seinen Bruch mit Jean-Luc Mélenchon nun durch die Gründung seiner neuen landesweiten Bewegung mit dem Namen „Debout!“ (Aufstehen) – Nachfolger seiner lokalen Kleinpartei „Picardie Debout!“ – offiziell gemacht. Ziel der Bewegung ist es, eine volksnahe und souveräne Linke zu verkörpern, die „2027 den Élysée-Palast erobern kann“.